



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

350 (1.8.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-212188](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-212188)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim und Umgebung drei Mark und durch die Post ohne Bestellgeld monatlich drei Mark. — Adressen: Postfach Nr. 1799 Mannheim. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim, K. S. 1. — Geschäftsstellen: Badenweiler, Badstuberstraße Nr. 6. — Fernsprecher Nummer 744, 745, 746, 747, 748. Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. — Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung Druckpreis je Zeile Nr. 3000.—. Resten Nr. 4000.—. Falls andere laut Tarif. Annahmestunde: Mittwochs abends 9 1/2 Uhr, Abends abends 10 1/2 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgab. wird keine Verantwortung übernommen. Druck- und Betriebskosten sind durch die Anzeigen zu decken. Die Anzeigen sind zu liefern in der Druckerei des Verlegers. — Druckerei: Mannheimer Druckerei, Mannheim.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Gesetz und Recht — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Gesonderte Antworten

Der ewige Kreislauf

□ Berlin, 1. Aug. (Von unfr. Berl. Büro.) Der „B. Z.“ wird aus London gebohrt: In der gestrigen Sitzung des Kabinetts soll Einigkeit darüber erzielt worden sein, daß die französischen und belgischen Noten keine Aussicht auf das Zustandekommen einer gemeinsamen Antwort an Deutschland offen lassen. Die Regierung will bis Donnerstag morgen alle Schriftstücke, die zwischen den Alliierten ausgetauscht worden sind als Weißbuch drucken lassen. In unterrichteten politischen Kreisen wird allgemein angenommen, daß das Kabinett wahrscheinlich beschließen wird, den englischen Entwurf einer Antwortnote an Deutschland nur mit der Unterschrift Englands nach Berlin zu schicken. Italien wird eine gesonderte Antwort an Deutschland senden, weil die italienische Regierung den Standpunkt vertritt, daß eine befriedigende Regelung der Reparationsfrage nur dann erreicht werden könne, wenn gleichzeitig die Frage der interalliierten Schulden geregelt wird, während die englische Regierung zuerst eine Regelung der Reparationsfrage fordert, der gemeinsame Verhandlungen über die Schulden- und Sicherungsfrage folgen könnten.

Zur diplomatischen Lage

Schreibt das Pariser „Echo de Paris“, es sei sehr wahrscheinlich, daß der englische erste Minister schon einen einigermaßen ernsten Entschluß gefaßt habe und es sei noch zu bezweifeln, daß es irgend einer Erklärung der öffentlichen Meinung gelingen werde, nach einem solchen aufzugeben. Schließlich dürften weder Baldwin noch Curzon sich die Auffassung gestatten, daß die Pariser u. Brüsseler Antworten anders seien als sie wirklich sind. Vielleicht hätten sie geglaubt auf eine belgische und italienische Begünstigung der englischen Pläne zählen zu dürfen, eine Begünstigung, die weder die Note der belgischen Minister noch die Brüsseler Mitteilung des Marquis della Trinita darstellten. Die englischen Minister hätten sich sowohl über die Haltung Belgiens getäuscht, daß trotz allem, was es veranlasse, London zuzugehen an der Seite Frankreichs, als auch über die Dispositionen Mussolinis, der an einer Diplomatie der Unterordnung und Dienstleistung nicht den mindesten Geschmack finde.

Der „Petit Parisien“ schreibt, wenn es sich für England darum handle, den schwankenden Ministerstuhl des deutschen Reichskanzlers zu besetzen, und für ein paar Tage einen etwas besseren Markkurs zu erzielen, so ließe sich dieses mittellose Ergebnis offenbar verwirklichen, wenn das englische Kabinett den Eindruck erwecke, daß es in Reparationszwecken an der Seite Deutschlands sei. Weshalb aber die Erlangen erster Art suchen? Wiefern könnte dann die Lage Deutschlands durch die englische Sondernote oder auch durch eine gemeinsame Antwort der Alliierten auf die deutschen Vorschläge verbessert werden? Auf alle Fälle werden Wochen vergehen, bevor ein interalliiertes Plan zwecks Stützung der Mark und Gesundung der deutschen Finanzen aufgestellt werde. Was einen etwaigen von England allein durchzuführenden Plan anlangt, so sei nicht anzunehmen, daß in der englischen Note vom 20. Juli auch nur die Spur davon enthalten sei. Wenn also auf alle Fälle eine Veränderung unumgänglich sei, so werde diese Veränderung für Deutschland entweder unter allen Umständen zum Unheil ausschlagen oder aber sie sei für Deutschland unter Umständen erträglich. Wir glauben, sagt das Blatt hinzu, daß die deutsche Lebensfähigkeit der Krankheit der Mark ebenso lange überstand zu werden vermag, wie Österreich der Krankheit der Krone Widerstand geleistet hat. Wir können bis zum Beweise des Gegenteils nicht glauben, daß die verantwortlichen englischen Minister sich entschließen, den Deutschen die Genugtuung oder vielmehr die Illusion der Repanache zu gewähren, nur weil es erforderlich wäre, einige Wochen hindurch an jener Verständigung der Alliierten zu arbeiten, die allein Europa — unsere Alliierten müssen es wohl — und auch Deutschland selbst zur Gesundung bringen kann.

Gegen die englischen Französlinge

Wenn den Teil der englischen Presse, der die französische noch zu überkreuzen sucht und nicht den Nachweis unternimmt, daß Poincaré die Interessen Englands richtiger beurteilt als der britische Premierminister, also gegen Blätter wie Daily Mail, Morning Post usw., wendet sich „Manchester Guardian“, indem er schreibt: Die von diesen Blättern vorgebrachten Gedanken weichen sich durch Konfusion aus. Man tue so, als ob eine Kapitulation Deutschlands das Ziel sei, wie die Bekehrung von Reparationen. Wie werde jedoch gefordert, wie Deutschland in diesem Falle die Reparationen zahlen soll. Sicher ist nur, daß Deutschland, wenn es ständig auf Haupt verlassen werde, schließlich zusammenbrechen müsse. Die Idee, daß England einen solchen Marquis als Zuschauer betreiben könne, räume von einer solchen Weisheit, für die sogar ein Krieg keine Entschuldigungsverweigerung wäre. Eine solche Weisheit würde jeden Staat, der Anspruch darauf macht, für unklug zu gelten. Ichdenke.

Die „Times“ fordert die Regierung auf, das Parlament und die Öffentlichkeit vollständig zu informieren. Die englische Regierung könne in dieser schwierigen Lage nur dann mit Festhalten ausharren, wenn sie durch das Volk unterstützt wird. Frankreich sei, obwohl auf kein Heer, entschlossen, seine Politik im Außenbereich fortzusetzen, auch wenn Deutschland darüber zusammenbrechen sollte.

Mahnungen an Baldwin

Lord George erlaubte sich letzte Woche, auf einen „unproprietären und unweiseren Angriff“ Poincarés, wie sein Blatt es nennt, in dem ihm eigenen Stil zu antworten, und besonders seine Kränkung von den „Gegensätzern“ sorgfältig bekräftigten. „Hoffe“, die Poincaré jeden Sonntag aufschreibe, war hier sehr populär. Poincaré ließ die hiesige Regierung nicht im Zweifel darüber, daß Lord Georges Brief sehr und sofort werden sich zwei kleiner Götter der hiesigen Regierung, zwei bekannte Diebs, Lord George in öffentlicher Rede wegen seines „Angriffs“ auf den „großen Premierminister“ abjurieren. Jetzt kultiviert Lord Georges Blatt, das „Daily Chronicle“, darf mit folgender Bemerkung:

Wir möchten in allem Ernst in Erwähnung geben, daß das totalenhafte Benehmen gegenüber der französischen Regierung, wozu diese zwei Ministerreden ein Beispiel geben, wirklich gar nicht einträgt. Es entspricht durchaus nicht den Tatsachen — es erlaubt der britischen öffentlichen Meinung, die Augen vor ihnen zu verschließen, und der französischen, sie zu verwechseln —, und es wird von Poincaré in keiner Weise erwidert, der in seiner Begünstigung auf England durchaus kein Blatt vor den Augen nimmt. Seine hauptsächlichste politische Wirkung ist die französische Regierung in der Überzeugung zu bekräftigen, daß die heutige britische Regierung schrecklich Angst vor ihr hat, und daß

man sich darauf verlassen kann, daß sie Schritte geduldig ohne Grenzen hinzunehmen wird. Wenn unser Kabinett wirklich wünscht, irgendwelchen Einfluß über den Gang der Dinge in Europa zurückzuerlangen, dann ist doch das der allerletzte Eindruck, den es bei seinen Gegnern dort erzeugen sollte.

Das Blatt kritisiert dann die bisherige Politik Baldwin's scharf, die Poincaré in allen Stücken in die Hand gespielt habe, und schließt mit der Frage:

„Wollen Baldwin und seine Kollegen fortfahren, mit verächtlichen Armen der Verwirklichung der Gefahr zuzusehen, die Europa droht? Sollen die auf dem Spiel stehenden britischen Interessen geopfert werden, ohne ein andres Wort von der Regierung als hinter den zugezogenen Gardinen einer diplomatischen Spiegelschere?“

In den entscheidenden Beschlüssen, zu denen Baldwin und seine Kollegen diese Woche kommen müssen, wird wohl mehr als diese Kritik Lord Georges der Unlust Eindruck auf sie machen, daß ein Artikel der Westminster Gazette verrät, daß auch die zwei großen Franzosenfreunde Grey und Asquith zu der Überzeugung gekommen sind, daß sich Baldwin nicht länger von Poincaré zum Besen halten lassen darf. Das Blatt gibt zu, daß Baldwin sich die bittere Feindschaft der Diebs zugiehe, wenn er sich dafür entscheide, daß der Augenblick für ein selbständiges Handeln gekommen sei, es hält ihm aber vor, daß ein Zurück unmöglich sei, und daß er ohne Zweifel die große Masse der Nation hinter sich finden werde, wenn er sich für eine mutige Politik entscheide.

Frankreich und Dortens Pläne

Die französische Pressekampagne aus Anlaß der Separatistenverhandlung in Koblenz dauert an. Hufschow Herold schreibt in der „Victoire“:

Es ist klar, daß wir nichts mehr tun dürfen, um der Bewegung entgegenzuarbeiten, daß wir vielmehr alles tun müssen, um sie zu begünstigen, da wir versuchen müssen, unserem englischen Alliierten gegenüber freie Hand zu gewinnen, sei es auch um den Preis einiger Zugeständnisse in anderen Punkten. Wenn sich in Berlin die Republik konsolidiert und wenn die deutschen Republikaner sich entschließen wollen, diejenigen Leistungen aufzubringen, die wir erwarten, um die in Frankreich von den kaiserlichen Armeen verwüsteten Gebiete wiederherzustellen, so können wir uns mit einer von Preußen getrennten rheinischen Republik begnügen (!) die mit Deutschland noch durch gewisse (!) föderalistische Bande verknüpft wäre. Wenn dagegen die deutschen Monarchisten der Republik Deutschland den Hals umdrehen und uns mit einem Revanchekrieg bedrohen würden, so solle ohne Zögern die Rheinlande nicht nur in einen von Preußen, sondern in einen von ganz Deutschland getrennten und unabhängigen Staat umgewandelt werden, wie Belgien und Holland. Auf alle Fälle möge man den Rheinländern die Zusage geben, daß sie sich künftig selbst regieren sollen und daß wir unter keinen Umständen den Preußen noch einmal gestatten würden, wieder den Fuß auf ihr Gebiet zu setzen.

Die Beispiele für diese Auffassung ließen sich noch vermehren. Im übrigen ruft die Stellungnahme der großen Blätter auch die Oppositionspresse auf den Plan. So schreibt das „Dour“: „Unser alte Presse hat der Koblenzer Rundgebung begeisterte Spalten gewidmet. Wir wünschen lebhaft einen Erfolg der rheinischen Separatisten aber die rheinische Bevölkerung zählt 13 Millionen Köpfe und Dorten nur 3000 Anhänger. Könnte man sagen, daß Paris von einer unwiderstehlichen Bewegung für den Bolschewismus ergriffen sei, wenn 800 Kommunisten in einem Pariser Saal zusammenkämen? Außerdem wäre es besser, wenn im Augenblick nicht zu viel von den rheinischen Separatisten geredet würde. Vor geräth länger Zeit habe ein französischer Offizier, der Oberst Richert, die Separatisten in Bayern kultivieren wollen. Die französische Regierung habe nicht ohne daß sie von der Liga für Menschenrechte sich habe aufstern lassen, diesen sonderbaren Offizier geringschädig fallen gelassen, aber die Regierung hat uns nicht gesagt, wo Richert die 160 000 Franken herholte, die er unter die bayerischen Lebernationalisten verteilt hat.“

Die „Grenouille“ schreibt: Am Sonntag sind in der Festhalle in Koblenz alle rheinischen Separatisten und ungefähr 100 Reiter, meistens Franzosen zusammengekommen. Da ist ein „Erfolg“ Dr. Dortens der für alles zu gebrauchen ist (!) Daß sich ein Sponagelbros seiner bedient, mag nach angeben, aber wenn Frankreich ihm Vertrauen schenke, dann würde die Schande auf es zurückfallen.

Die „Humanité“ schreibt: Die großen Berichte der französischen Presse über die Koblenzer Veranstaltung Dorrens bezeugen, daß am Quai d'Orsay eine Parole herausgegeben worden ist. Der „Matin“, ein Blatt bei dem Poincaré gerne mitredet, hat nicht unwohl seinen erfindungsreichen unter seinen Reportern nach Koblenz geschickt, damit er doppelt so viel Zuschauer zählt, wie z. B. der Berichterstatter des „Petit Parisien“, der doch schon das keine Geistesart hat. (Der „Petit Parisien“, nannte 3000, der „Matin“ 6000 Zuschauer). Man wollte der armeneligen Intrige, die die rheinischen Separatisten treiben, eine tiefergehende politische Bedeutung geben. Es mußte so aussehen, als ob es ein autonomes Rheinländerland gäbe, damit man Grund hatte, es zu unterstützen, während man in Wirklichkeit den Versuch macht, es zu schaffen.

Die Franzosen in Baden

Zur Befetzung des Rheinischer Polizeireviere

Wie wir i. N. meldeten, wurde am Freitag, den 27. Juli, morgens 4 Uhr, das im Reichhaus Rheinau gelegene Polizeirevier von den Franzosen besetzt und die Schutzmannschaft vertrieben. Ueber die Ursache dieses französischen Vorgehens verlaute es allerlei. Es tauchte gleich bei der Befetzung des Polizeireviere Gerüchte auf, wonach ein Berrat deutscher Arbeiter, die bei den Franzosen beschäftigt sind, vorlag. Diese Gerüchte verdichteten sich im Laufe der letzten Tage immer mehr, jedoch sich wohl auch noch die Behörde mit ihnen befaßt wird.

Wie wir aufgrund unserer Erkundigungen erfahren, wurde von der Rheinischer Polizei ein Verbrechen festgestellt, der bei den Franzosen arbeitete. Bei der Festnahme dieses Menschen kam es zwischen der Polizei und dem Gefangenen zu einer Schießerei. Die Polizei, die anfänglich so schwach war, holte Verstärkungen. Bei der Schießerei wurde einer der Schützen der Franzosen tödlich verletzt. Wer den Schuß abgab, weiß man nicht. Es wird behauptet, daß Wachtmeister König überhaupt nicht geschossen hat.

Die Schiklinge der Franzosen stellen nun, so wird erzählt, den Franzosen ein Ultimatum auf Entfernung der Polizei Rheinau, andernfalls sie freilassen. Daraufhin wurde das Polizeirevier Rheinau von den Franzosen besetzt und Wachtmeister König verhaftet. Dieser befindet sich in Ludwigsbad und ist von den Franzosen wegen „Erkundung eines Arbeiters“ unter Anklage gestellt. Eine amtliche Mitteilung wäre erwünscht.

Das Auslanddeutschtum und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund

Von Dr. jur. et phil. Alfons Baron Henning, Genf *)
Das Schicksal der vielen Millionen Auslanddeutschen, die von Deutschland abgetrennt, den mannigfaltigen Bedrückungen und Entnationalisierungsversuchen ausgesetzt sind, kann dem Mutterlande nicht gleichgültig sein. Schon in der Vergangenheit, als die Zahl der Auslanddeutschen weit geringer war als jetzt, hat Deutschland in kommerzieller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht viel von ihnen Nutzen ziehen können, und in Zukunft wird Deutschland, abgesehen von irredentistischen Absichten, sich bei seinem Wiederaufbau nicht zu einem kleinen Teil auf die Auslanddeutschen stützen müssen. Daher scheint gegenwärtig ihr Schutz durch das Mutterland geboten zu sein.

Dazu ist volle Möglichkeit vorhanden, seit die Völkerbündnisse vom Völkerbund anerkannt und dem neuen Völkerrecht einverleibt worden sind. Im Völkerbund ist aber, wie bekannt, bisher die deutschfeindliche Entente mit ihrem Erbsitten allmählich, und andererseits macht die Unabkämtheit gegen alles Deutsche die Völkerbündnisse in ihrer Anwendung auf die Deutschen mehr oder weniger unzulässig. Es ist keine Uebertreibung, zu sagen, daß unter den Völkerbündnisse sich die deutschfeindlichen in einer besonders heillosen Lage befinden. Wie anders steht es um andere Nationen, deren Völkerbündnisse natürliche Stützpunkte haben, welche die Deutschen nicht besitzen. Alle Nationen, die zum Völkerbunde gehören, werden als jure als Beschützer ihrer sich im Ausland befindenden Stammesgenossen angesehen, und da die Berücksichtigung einer Klage beim Völkerbunde davon abhängig gemacht wird, daß sie mit einem Glied des Völkerbundes identifiziert wird, so liegt in der Mitgliedschaft des Mutterlandes im Völkerbunde für alle Ausländer derselben Nationalität eine Gewähr, daß die Völkerbündnisse ihnen gegenüber in der Tat beobachtet werden. Es gibt auch in Genf eine Reihe von nationalen Delegationen, die beim Völkerbunde beauftragt sind und die Bedeutung ständiger Gesandtschaften haben. Sie geben den Mittelpunkt ab für alle Bestrebungen der betreffenden völkischen Individualität — als ein Ganzes genommen, d. h. des Mutterlandes und seiner Stammesgenossen im Ausland. Hierin liegt die offizielle Anerkennung der völkischen Gemeinschaftsinteressen Weltstammes im In- und Ausland, ohne daß dabei von irredentistischen und pan-politischen Bestrebungen die Rede wäre. So z. B. vertritt die polnische Delegation in Genf mit Eifer und Nachdruck die Interessen aller Polen, wo immer sie anfalls sind. Und ebenso ist die ungarische Delegation wie eine Mutterbörne bemüht, ihre Rechte, die in Fremdländern eine selbständige Existenz führen, um sich zu sichern. Diese Delegationen sind Hochposten und verrichten zu gleicher Zeit auch die Dienste von Abolaten. Wir Deutschen haben nichts dergleichen. Es gibt allerdings eine Deutsche Völkerbündnisse und einen Verband von Auslanddeutschen, aber so unerkennenswerth auch solche Pläne deutscher Bestimmungsgültigkeit ist, so haben sie doch wenig praktische Bedeutung für die Verteidigung deutscher Interessen im Völkerbunde und für den Schutz des Deutschtums im Ausland.

Um hier zu helfen, ist es nötig, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes und eine deutsche Delegation beim Völkerbunde in Genf gegründet werde, die als Vertretung des Deutschtums sämtlicher Staaten, die zum Völkerbunde gehören, auftreten können. Es ist nicht nötig, hier auf alle die Vorteile einzugehen, die Deutschland aus einem Beitritt zum Völkerbunde erwachsen könnten, es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Auslanddeutschen vom Mutterlande in der Aufrechterhaltung ihrer völkischen Eigenart geschützt zu werden hoffen, daß sie meinen, auf diesen Schutz ebensoviel Recht zu haben, wie die Angehörigen anderer Nationalitäten in Bezug auf ihren Mutterstaat, und daß die Zeit drängt, den bedrückten Auslanddeutschen zu Hilfe zu kommen, zu ihrem eigenen Heil wie auch zu dem des Deutschen Reiches.

*) Wir bringen die Äußerungen eines Auslanddeutschen in führender Stellung deshalb, weil die Frage von Deutschland im Völkerbunde unter einem bisher zu wenig berücksichtigten Gesichtspunkt beleuchtet. — Schrittleitung.

Die Lage in der Pfalz

Sanktionsmaßnahmen über Pirmasens

Weil das Bürgermeistertum von Pirmasens den von der französischen Behörde angeforderten Wohnbuch nicht erstellt hat und die Pirmasenser Bevölkerung sich in ihrer Gesamtheit weigert, die Wohnbuch zu versehen, hat die französische Behörde als Sanktionsmaßnahme anordnet, daß das Verkreßbüro zur Ausstellung der Wohnbücher für die Bevölkerung von Pirmasens geschlossen wird. Nur zur Lebensmittelerholung, bei Todesfällen oder schwerer Erkrankung, die nicht von einem Arzt in Pirmasens behandelt werden können, werden nach einer Bekanntmachung des französischen Delegierten von Pirmasens Wohnbuch zur Ausreise ins unbesetzte Gebiet bewilligt. Diese Gewerbe können nur Ausreisende, Wittwen und Freitags jeder Woche vom Bürgermeistertum der französischen Bezirksdelegation zur Genehmigung vorgelegt werden. Für den Fall, daß am 31. Juli der Wohnbuch noch nicht erstellt ist, droht die französische Behörde als weitere Sanktionsmaßnahme das Verbot aller Versammlungen, die nicht unbedingt notwendig sind, so z. B. sportlicher Vereinskongresse an.

Letzte Meldungen

Ein Mord in Freiburg

Freiburg, 1. Aug. In dem Haus Dreißigste, 17 wurde gestern die dort allein wohnende Frau Kammerpräsident Denzer ermordet und beraubt aufgefunden. Ein Mädchen, das die Ermordung vor wenigen Tagen angenommen hatte, ist seit der Tat verschunden. Nachdem die Türe von einem Schloffer geöffnet worden war, fand der Sohn seine Mutter in einem Nebenzimmer des Wohnzimmers, das die Ermordete dem Mädchen als Schlafraum angewiesen hatte, mit dem Gesicht nach unten, tot vor. Die 63jährige Frau ist vermutlich mit einem Hammer erschlagen worden. Zwei Ehe- und ein Brillenring sowie Herrenwäsche wurden geraubt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Dienstmädchen mit einem Mann zusammen die Tat begangen hat. Sie heißt Ludwiga Freisinger, geb. 11. Juli 92 vermutlich in Kempten in Bayern, wo auch ihr Mann, ein Fabrikarbeiter wohnt, von dem sie getrennt lebt. Die Staatsanwaltschaft hat für die Aufklärung der Täterchaft eine hohe Beförderung ausgesetzt.

